



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Gefühl, irgend etwas Blinkendes, Gleißendes vom Erdboden aufgenommen zu haben, das sich dann unvermittelt in ihrer Hand in einen wertlosen Glaskcherben verwandelte. Aber hatte sie denn nicht was andres, so viel schöneres und besseres dafür weggeworfen oder doch unbeachtet liegen gelassen? Wie wirr sie der ungewohnte Wein gemacht hat! Wie ihr Kopf schmerzt! Ihr ist, als wäre weiß Gott was zusammengestürzt, und im Grunde war doch eigentlich gar nichts aufgebaut gewesen.

Die Tante, bei der eine Nachbarin gewacht hatte, bis Wine so überraschend zeitig heimkam, schläft tief und fest die ganze Nacht. Nicht ein einzigesmal ruft sie nach der Nichte. Diese aber flieht der Schlummer, der ihr wohlthätiges Vergessen gebracht hätte, so ganz!

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel. (Die Eröffnung des Reichstags. Wahl des Präsidiums. Die Zeugnispflicht der Abgeordneten.)

Am 19. Februar hat die erste Tagung des neuen Reichstags begonnen. Die Eröffnung geschah mit besondrer Feierlichkeit durch den Kaiser persönlich. Es war vorauszusehen, daß die Thronrede diesmal nicht das gewöhnliche geschäftsmäßige Gepräge tragen würde. Es waren außergewöhnliche Verhältnisse, denen der Reichstag seine Zusammensetzung verdankte, und diesen Verhältnissen mußten auch die Aufgaben angepaßt werden, die der neuen Vertretung des deutschen Volkes gestellt wurden. Die Thronrede hat denn auch in ihren Eingangsworten offen auf die besondre Bedeutung der letzten Wahlen Bezug genommen. „Aufgerufen zur Entscheidung über einen Zwiespalt zwischen den verbündeten Regierungen und der Mehrheit des vorigen Reichstags, hat das deutsche Volk bekundet, daß es Ehr und Gut der Nation ohne kleinlichen Parteigeist treu und fest gehütet wissen will.“ So erscheint die nationale Aufgabe dieses Reichstags von vornherein festgelegt. Man darf jetzt wohl als sicher annehmen, daß Vorlagen, die geeignet sein könnten, die politischen Gegensätze zwischen den Parteien stärker hervorzukehren, den Reichstag nicht beschäftigen werden. Es liegt dazu, wie wir an dieser Stelle schon früher hervorgehoben haben, auch keine Veranlassung vor. Fragen der Wehrkraft, der Ausbreitung und Sicherung unsrer Interessen außerhalb der Reichsgrenzen sind keine Parteifragen. Es muß endlich einmal begriffen werden, daß auf diesem Gebiet Konservative und Liberale zusammengehn können und müssen, wie es in andern Ländern auch möglich ist und längst geschieht. Es zeugt nur von einem Tiefstande des politischen Verständnisses und von der Herrschaft eines stumpfen Beharrungsvermögens in der Erfassung politischer Erscheinungen, wenn das Wort des Reichskanzlers von der „Paarung konservativen und liberalen Geistes“ auch in Kreisen, die im eignen Interesse den Sinn dieser Wendung hätten begreifen sollen, zum Gegenstande billiger Witze gemacht worden ist. Dem Zentrum und der Sozialdemokratie verzeiht man solche Scherze allenfalls — als Ventil ihres ohnmächtigen Grolls. Um so mehr ist zu bedauern, daß auch andre, die in ihren Parteikreisen eine gewisse Führerrolle beanspruchen, sich von dem alten

Schema ihrer Parteauffassungen nicht losmachen können. Sie haben dabei nicht einmal die Entschuldigung, daß die weitem Wählerkreise diese Haltung fordern, denn hier hat man schon in viel größerem Umfange den häßlichen Gewohnheiten eines unfruchtbaren Parteigezänks entsagt. Darum ist es jetzt nicht nur wünschenswert, sondern dringend notwendig, daß sich der Reichstag hauptsächlich mit Aufgaben befaßt, die den Beweis bringen können, daß ein praktisches Zusammenarbeiten von Konservativen und Liberalen wirklich möglich ist.

Dazu ist die Kolonialpolitik vorzugsweise geeignet. Koloniale Fragen sind es ja auch gewesen, die den Zusammenbruch der alten Reichstagsmiserie herbeigeführt und die Reichstagswahlen beherrscht haben. Es ist viel Arbeit dabei zu tun, denn es muß nun endlich Ernst gemacht werden mit der Ausführung eines umfassenden Kolonialprogramms. Die Zeit, wo die dringendsten Bedürfnisse der Schutzgebiete von Fall zu Fall ohne Zugrundelegung eines zielbewußten Plans den Volksvertretern abgeklitst und abgebetelt werden mußten, soll endlich abgetan und begraben sein. Die Thronrede kündigte die ersten Schritte dazu an. Der Vorschlag, ein selbständiges Kolonialamt zu errichten, bildet die erste organisatorische Grundlage. Das scheint zwar vielen nur eine unwesentliche Außerlichkeit zu sein, aber es hieße die Natur unsers modernen Beamtenstaats verkennen, wenn man leugnen wollte, daß von solchen grundsätzlich fehlerhaft angelegten Ressort- und Rangverhältnissen auch praktische Unzuträglichkeiten ausgehen. Unsere Kolonialverwaltung ist lange genug — zwar nicht im wirklichen Dienstverkehr, den die Behörde bereits möglichst nach dem praktischen Bedürfnis geordnet hatte, wohl aber in den Augen der Außenstehenden — ein Anhängsel des Auswärtigen Amtes gewesen. Die Argumente, die dafür angeführt worden sind, könnten ebensogut auch gegen die Selbständigkeit des Reichsschatzamtens oder des Reichsjustizamtes geltend gemacht werden, deren Geschäfte ja ursprünglich auch von einem andern Reichsamt, dem des Innern, mitversehen wurden. Außerdem bürgt die verfassungsmäßige Stellung des Reichskanzlers und die staatsrechtliche Natur aller Reichsämters zur Genüge dafür, daß die Einheit der Reichspolitik gewahrt bleibt. Denn alle Chefs der Reichsämters sind ja nur Stellvertreter des Reichskanzlers, des allein verantwortlichen Reichsbeamten.

Die selbständige Organisation der Kolonialverwaltung ist jedoch nur die Grundlage für die Verwirklichung einer Politik, die vor allem für die gedeihliche Entwicklung der Schutzgebiete zweierlei in Aussicht nimmt: die Ausgestaltung des Verkehrswesens und die Anbahnung einer vernünftigen Selbstverwaltung. Man darf wohl, ohne viel Widerspruch zu finden, behaupten, daß damit in der Tat die Bedingungen für alle weitem kolonialpolitischen Fortschritte in den Kolonien bezeichnet sind. Das ist nicht eine Erkenntnis, die erst neuerdings gekommen ist. Alle namhaften Kenner der Kolonien, alle Politiker, die verständnisvoll für diese Fragen bisher eingetreten sind, haben diese Forderungen längst erhoben. Wie kommt es, daß sie erst jetzt als Grundlagen eines durchdachten Reformplans erscheinen? Weil infolge der unglücklichen Verhältnisse im Reichstage die Kolonialpolitik gewissermaßen von der Hand in den Mund leben mußte, und niemand wagen konnte, ein weiter ausgreifendes Programm einzuleiten. Denn stets war eine Mehrheit von grundsätzlichen Kolonialgegnern zusammenzubringen, die jeden Vorschlag zu Fall bringen konnte, der nicht durch Gewährung irgendwelcher Sonderwünsche des Zentrums vorher gesichert war. Dabei konnte eine Kolonialpolitik großen Stils, die weitgesteckte nationale Ziele ins Auge faßte, gar nicht bestehen. Jetzt aber kann das anders werden, und wir dürfen die Hoffnung hegen, daß Herr Dernburg den Willen und die Tatkraft, womit er der parlamentarischen Sklaverei seines Ressorts ein Ende machte und den Anstoß zu einem fröhlichen politischen Aufschwung gab,

auch in der Gestaltung und der Durchführung seines kolonialpolitischen Programms zur Anwendung bringen wird.

Ein weit mehr vom Parteistreit beherrschtes Feld scheint die Thronrede zu betreten, wenn sie eine Fortführung der Sozialreform verheißt. Viele werden Zweifel hegen, ob es auch hier möglich sein wird, eine Vereinigung der Konservativen und der Liberalen zu gemeinsamer praktischer Arbeit mit einigem Erfolg herbeizuführen. Richtig ist, daß auf konservativer Seite und auch bei einem Teil der Nationalliberalen die Neigung für sozialreformerische Arbeit recht gering ist, und daß die linksliberalen Parteien in diesen Fragen öfters Pfade betreten wollen, die für die weiter rechts stehenden Politiker wenig Verlockendes haben. Aber trotzdem zeigt sich bei näherer Betrachtung, daß der Reichskanzler Recht hatte, als er meinte, die Zeiten seien vorüber, in denen sich auch innerhalb der bürgerlichen Parteien die sozialpolitischen Gegensätze in voller Schroffheit gegenüberstanden. Es handelt sich jetzt um Fragen, die zwar einer grundsätzlichen Bedeutung nicht entbehren, aber doch ziemlich losgelöst von parteipolitischen Grundsätzen behandelt werden können. Ja sie sind vielleicht viel eher geeignet, in die politischen Parteien selbst Spaltungen hineinzutragen, als daß sie zum Zankapfel zwischen Rechts und Links werden könnten. So steht es mit der Frage der Berufsvereine, so auch mit der Frage der Arbeitskammern. Aber wie man auch grundsätzlich darüber denken mag, so wird man doch zugeben, daß alles, was der Staat vernünftigerweise den Arbeitern an Rechten und sozialpolitischer Fürsorge gewähren kann, am besten in dem Augenblick gegeben wird, wo die Sozialdemokratie eine ernsthafte Niederlage erlitten hat und moralisch zu Boden geschlagen worden ist. Die Staatsgewalt muß zeigen, daß sie den Arbeitern freudig und aus Pflichtgefühl das Ihrige gibt, und gerade dann gibt, wenn die politische Ohnmacht der utopischen Lehren, deren verführerischer Kraft sich die Arbeiterschaft so gern hingegeben hat, erwiesen ist. Die Reichsregierung hat recht getan, in der Thronrede offen an die Erfahrungen der Wahlen anzuknüpfen und trotz mancher drohenden Schwierigkeiten gerade für die Sozialpolitik ein „Nun erst recht!“ anzukündigen. Das Zentrum hat sogleich daraus die richtige Folgerung gezogen. Es ist die erste Partei, die im neuen Reichstag sofort mit sozialpolitischen Anträgen auf den Plan getreten ist. Die andern bürgerlichen Parteien werden hoffentlich daraus einen Wink und eine Lehre entnehmen. Es liegt darin ein starker Druck für alle der Sozialreform freundlichen Elemente außerhalb des Zentrums zur Verständigung und zum positiven Schaffen. Diesem Druck werden sich auch reaktionär gestimmte Gruppen nicht ganz entziehen können. Man darf also hoffen, daß auch auf sozialpolitischem Gebiet eine fruchtbare Mehrheit im neuen Reichstage zu finden sein wird.

Der Präsidentenwahl sah man diesmal mit begreiflicher Spannung entgegen. Das Zentrum wollte es auf den Versuch antommen lassen, sein formelles Recht als stärkste Partei des Reichstags geltend zu machen und den Präsidenten zu stellen. Der Abgeordnete Spahn war dazu ausersehen, also gerade die Persönlichkeit, die durch ihr Auftreten in den letzten Sitzungen des vorigen Reichstags die Unterwerfung der Fraktionsführung unter die Demagogie Erzbergers offenkundig gemacht hatte. Der Reichstag erkannte mit Recht, daß durch die Erfüllung dieses herkömmlichen Anrechts der stärksten Partei auf den Präsidentensitz in diesem Falle geradezu eine unmögliche Lage geschaffen wurde. Es hätte wie ein Hohn auf das Wahlergebnis gewirkt, wenn der Reichstag aus derselben Koalition, die in den Wahlen als „antinational“ verworfen und in die Minderheit gebracht worden war, seinen Vorsitzenden gewählt hätte. Zwar schien es wirklich einen Augenblick, als werde das Zentrum in der Präsidentenfrage triumphieren, aber die Überlegung

der konservativen und der liberalen Parteien fand doch sogleich wieder den rechten Weg. Man hatte sich verständigt, als der Wahlakt begann, und so ging der frühere erste Vizepräsident des vorigen Reichstags, Graf Udo zu Stolberg-Wernigerode, aus der Wahl als neuer Präsident hervor. Zentrum, Polen und Sozialdemokraten — in dieser Vereinigung zum erstenmal als Minderheit — hielten gegen ihn zusammen. Als dann aber dieser Waffengang verloren war, verzichtete dieselbe Minderheit auf die weitere Beteiligung an der Wahl des Präsidiums und gab weiße Zettel ab. So wurden der nationalliberale Abgeordnete Dr. Paasche zum ersten, der freisinnige Abgeordnete Kämpf zum zweiten Vizepräsidenten gewählt.

Die Preßkommentare zeigten, mit welchem Ingrimm diese äußerliche Kennzeichnung der Stellung des Zentrums im neuen Reichstage innerhalb der Partei aufgenommen wurde. Man gab sich zwar den Anschein, als ob man diese Vereinigung der konservativen und der liberalen Stimmen gegen das Zentrum nicht weiter überraschend, sondern eher humoristisch fände, aber im stillen hatte man offenbar erwartet, daß die Wahl des konservativen Präsidenten auf der linken Seite doch noch auf Schwierigkeiten stoßen werde, wobei dann das Festhalten an der alten parlamentarischen Gepflogenheit, die stärkste Partei an erster Stelle zu berücksichtigen, einen bequemen Ausweg gegeben hätte. Nun mußte man doch fühlen, daß die Präsidentenwahl das Siegel unter die Bekundung einer neuen parlamentarischen Lage setzte, in der sich eine konservativ-liberale Mehrheit wirklich entschlossen zeigte, nötigenfalls ohne das Zentrum fertig zu werden. Die Erfahrung war bitter genug.

Inzwischen hat auch Herr Erzberger in einem neuen Falle recht wenig zur Freude und Erbauung der Partei beigetragen. Der Versuch, die Immunität der Reichstagsabgeordneten auch auf ihre Zeugnispflicht auszudehnen, ist schon früher öfter gemacht worden. Es ist das nur möglich durch eine sehr künstliche und willkürliche Deutung der Verfassungsbestimmungen. Einer solchen Deutung haben bisher die namhaftesten Autoritäten der Rechtswissenschaft nicht beistimmen können. Es kommt schließlich auf die Frage hinaus: Schließt die gerichtliche Aufforderung an einen Abgeordneten, Zeugnis abzulegen, ein Verfahren ein, das man als „zur Verantwortung ziehen“ bezeichnen könnte? Fast alle Rechtsautoritäten verneinen die Frage. Wer Zeugnis ablegt, hat sich nicht zu verantworten; er hat nur zu jagen, was ist, und bleibt selbst im übrigen unbehelligt. Ist sein Zeugnis derart, daß es ihn selbst strafrechtlich belastet, so kann er es verweigern, auch wenn er kein Abgeordneter ist. Nun treten aber die Deutungskünstler auf, die einer klaren gesetzlichen Bestimmung gern einen bestimmten Zweck unterlegen und nun so lange daran heruminterpretieren, bis es zu stimmen scheint. Man möchte gern für die Abgeordneten ein allgemeines Recht auf Zeugnisverweigerung zurechtzimmern und glaubt nun beweisen zu können, daß es schon bestehe. Es ist alles sehr schön ausgedacht: der Volksvertreter, der als der allgemeine Vertrauensmann der Wähler aus allen Quellen schöpft, für den kein Amtsgeheimnis existiert, der von der Reichstagstribüne aus sogar ungestraft die Ehre unbefohlener Leute antasten darf — siehe Koeren! —, dieser Volksvertreter hüllt sich, in einer Rechtsache um sein Zeugnis befragt, stolz in seine Würde und verweigert die Aussage! Er kann ja sonst auf der Tribüne unter Umständen nicht den Unwissenden spielen! Eine prächtige Rolle für einen Volkstribunen!

Nun wird man freilich für einen Abgeordneten keinen zwingenden Grund zu solcher Ausnahmestellung auffinden können: die persönliche Redefreiheit auf der Tribüne sichert ihm seine Vertrauensstellung gegenüber den Wählern vollständig genügend. Es ist nicht nötig, daß er diese Freiheit so weit ausdehnt, daß der Straf-

richter nachher in die Lage kommt, ihn zu fragen, woher er seine Wissenschaft hat, und man kann aus Gründen der politischen Moral und der Staatsautorität nicht wünschen, daß sich die Volksvertretung mit Hilfe einer freiwilligen Geheimpolizei von unzufriedenen und ungetreuen Staatsorganen — denn darauf läuft es doch hinaus — als unverantwortliche und unkontrollierbare Nebenregierung konstituiert. Aber wenn ein Abgeordneter wirklich der Überzeugung ist, daß er als Volksvertreter ein Recht hat, das er von der Staatsgewalt nicht respektiert findet, dann muß er dieses Recht grundsätzlich zur Geltung zu bringen suchen. Herr Erzberger aber hat im Prozeß Böplau schleunigst auf jegliche Wahrung von Prinzipien verzichtet, als die Sache für ihn persönlich unangenehm zu werden drohte. Seine Prinzipientreue besann sich rechtzeitig eines Besseren, als der Angeklagte ihn von der gar nicht existierenden „Schweigepflicht“ entband, um ihn der Hand der Schergen, die ihn in Zwangshaft führen wollten, zu entreißen. Herr Erzberger ergriff die rettende Hand und ließ die Toga des Volkstribunen fallen. Immerhin ein tröstlicher Gedanke, daß der große „Enthüller“ so leicht nicht zum Märtyrer werden wird!

Land, Luft und Wasser. Die Politik verdirbt nicht allein den Charakter, sondern auch das Gemüt, raubt unter anderm den Humor. Rezensiert da ein hochliberaler Politiker Rudolf Martins Zukunftsbild Berlin-Bagdad (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart und Leipzig, 1907) und nimmt es bitter ernst. Die Phantasie an sich könne man ja freilich nicht ernst nehmen, aber sie sei darum sehr gefährlich, weil sie im Auslande Besorgnis wegen unserer Weltherrschaftspläne erwecken müsse. Hätte der Mann einen Schimmer von Humor, so würde er gleich der ersten Seite angemerkt haben, daß sich der Kritiker der russischen Finanzwirtschaft nur lustig machen will, und zwar über zwei Dinge: über die Invasionsromane und über „Deutschlands Zukunft auf dem Wasser“, vielleicht auch über meinen Zukunftstraum. Das ganze Buch ist scherzhaft gehalten. Hinter dem Scherze verbirgt sich jedoch ohne Zweifel auch eine ernste Absicht. In diesen Tagen, wo die politische Phantasie der Deutschen ausschließlich in der Richtung nach Westen und übers Weltmeer hin tätig ist, will er daran erinnern, daß wir auch in Gegenden, die uns näher liegen, und die zu Lande erreichbar sind, Interessen haben, Interessen, die möglicherweise schwerer wiegen als die afrikanischen. Am Schlusse seines Buches bricht noch einmal die satirische Tendenz recht deutlich durch, indem er, um beide Sorten von Groß- und Alldeutschen zufriedenzustellen, auch Marokko und Südafrika annektiert. C. J.

Karl Scheffler, Der Deutsche und seine Kunst. Eine notgedrungne Streitschrift. München, R. Piper und Co., 1907. Der Verfasser kämpft gegen Phrase, Romantik, Gedanken- oder Begriffsmalerei. Ein paar Sätzchen mögen andeuten, was er will: „Der Wille als Kraft, das ist viel; wie wenig aber sind seine immer kurzfristigen Pläne und Gedanken! Auch die Alten verdanken ihre Größe nicht der Absicht. . . . Wohin die Anstrengung führt, wenn der Künstler seinen Kampf um eine Weltanschauung, um Religion und Lebenserkenntnis in die Kunst hinein trägt, sehen wir an fast tragischen Erscheinungen, wie Klingers Kunst sie bietet. . . . Kunst kann nur aus der Ruhe entstehen, nie aus der Unruhe, aus dem Kampf des zweifelnden Geistes mit sich selbst. Nur wenn eine Zeit das große Symbol darreicht, das die Sehnsucht und der Geist ganzer Völker in gemeinsamer Arbeit gebildet hat [die olympischen Götter, die Madonna], ist die Ruhe verbürgt. . . . Ein Stillleben von Schuch, ein Bauer von Leibl, ein Porträt von Trübner: das ist gute deutsche Malerei, wie sie heute geleistet werden kann. Man könnte sich gewiß eine bedeutendere

vorstellen, aber die Zeit weist auf eine Kunst, die im allergünstigsten Falle so aussehen wird wie die der alten Holländer... Das verschwiegene Ideal jedes fühlenden Menschen bleibt die Höhenlust des Hellenentums, das Lichtreich Rembrandts. Der Mann aber stürmt nicht kindisch in Unmöglichkeiten hinein, sondern geht Schritt vor Schritt, erquickt das Auge von Zeit zu Zeit am Glanze des hohen Ziels und arbeitet geduldig daran, das Bescheidne so zu tun, als ob es das Höchste wäre."

Von der russischen Gärung. Die Grenzbotenleser sind über die Vorgänge in Rußland durch die Briefe von George Kleinow ganz ausgezeichnet informiert worden. Doch konnte bei den Raumverhältnissen einer Zeitschrift die Information nicht zur erschöpfenden, detaillierten Geschichte werden. Eine solche liefert Max Weber unter dem Titel: Rußlands Übergang zum Scheinkonstitutionalismus. (Beilage zum XXIII. Bande des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, das Werner Sombart, Max Weber und Edgar Jaffe bei F. C. W. Mohr in Tübingen herausgeben.) Da darin das Agrarproblem, das den Kern des russischen Problems ausmacht, sehr ausführlich und gründlich behandelt wird, gedenken wir die Hauptergebnisse dieses Teils von Webers Untersuchungen in einem besondern Aufsatz zusammenzufassen; weil das aber erst in einigen Monaten geschehen kann, wollen wir die Schrift, die doch vom höchsten aktuellen Interesse ist, vorläufig wenigstens anzeigen.



Forman
gegen
Schnupfen.
DOSE 30 Pfg

Ärztlicherseits vielfach als ideales Schnupfenmittel bezeichnet. — Wirkung frappant. — In allen Apotheken.